

Sozialforum Nürnberg, Sozialforum Fürth, Erlanger Sozialforum

unterstützt von

attac Erlangen und Nürnberg, GEW Erlangen und Nürnberg, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, Oswald Greim, Barbara März (Katholische Betriebsseelsorge der Erzdiözese Bamberg, Büro Nürnberg).

Sozialforen fordern Gewerbesteuererhöhung in Nürnberg, Fürth und Erlangen

Finanzierung der Krisenlasten über die Stadthaushalte schadet den Menschen

Die Sozialforen Nürnberg, Fürth und Erlangen fordern ihre drei Städte auf, die Gewerbesteuer auf den Münchner Satz zu erhöhen. Dies würde nur einen Teil der drohenden Kürzungen verhindern, aber diesen Teil der Kürzungen bestimmen und verantworten die Stadträte selbst.

Die Gewerbesteuer belastet im Wesentlichen die, die es sich leisten können und in den letzten Jahren entlastet wurden.

Den größeren Teil der drohenden Kürzungen können die Kommunen nicht selbst abwenden, deshalb ist es notwendig, für eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen durch das Land und den Bund einzutreten.

Handlungsspielräume erhalten - Gewerbesteuer erhöhen! Die Städte müssen aktiv werden!

Die Wirtschaftskrise kommt erst jetzt richtig in den Kommunen an. Steigende Ausgaben aufgrund höherer Sozialleistungen und sinkende Einnahmen, durch Einbrüche bei den Steuern sind die Folge.

Die Kommunen versuchen in dieser Lage mit stetes neuen Sparmaßnahmen über die Runden zu kommen. Inzwischen sind wir aber offensichtlich an einem Punkt angekommen, wo weitere Sparpakete nur noch mit deutlich negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität in unseren Städten zu realisieren sind.

Diese treffen besonders die Armen und Schwachen . Sie sind weit mehr als die Reichen auf funktionierende städtische Strukturen angewiesen und spüren steigende Gebühren ganz besonders.

Ständig neue Sparpakete können nicht der Ausweg aus der Misere sein. Dies gilt auch für die Haushaltspolitik der Kommunen. Man kann eine Stadt auch kaputt sparen. Die verordneten Sparprogramme wurden uns bisher in bester neoliberaler Tradition als alternativlos dargestellt. Dem ist aber nicht so.

Auch die Städte haben Handlungsmöglichkeiten und stehen deshalb in der Pflicht, diese zu nutzen.

Eine Erhöhung der Gewerbesteuer z.B. auf das Münchner Niveau würde die Finanzmisere zwar nicht vollends lösen können, aber den Kommunen zusätzliche Handlungsspielräume eröffnen. Sie würde sich diese Einnahmen bei denen holen, die mehr zu zahlen können. Die Unternehmensgewinne sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen, während die Reallöhne sogar gesunken sind. Nur wer - nach allen Abzügen - mehr als 25 000 EUR Gewinn im Jahr macht, muss überhaupt Gewerbesteuer zahlen.

Allein in Erlangen brächte das trotzdem eine Mehreinnahme von 5 bis 8 Millionen EUR. Der Verzicht auf fragwürdige Prestigeobjekte, wie den Ausbau des Frankenschnellwegs in Nürnberg und des Adenauerrings in Erlangen, würde die Finanzlage der Kommunen weiter entspannen.

Angesichts stark wachsender Aufgaben ist eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen durch das Land und den Bund dringend notwendig.

Ebenso wie der DGB-Mittelfranken fordern wir deshalb

- * die Anhebung des Spitzensteuersatzes zumindest auf das alte Niveau
- * die Einführung einer Finanztransaktionssteuer;
- * die Erhöhung der Erbschaftssteuer;
- * die Wiedereinführung der privaten Vermögenssteuer.

Die Verursacher der Krise und die Profiteure der Politik des Sozialabbaus müssen zahlen!

Machen wir in der Stadt einen Anfang!

Erlangen, Nürnberg und Fürth im November 2010